



Basler Zeitung
4002 Basel
061/ 639 11 11
bazonline.ch/

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 38'978
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 19
Fläche: 83'291 mm²

Auftrag: 3007101
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 80015704
Ausschnitt Seite: 1/2

«Mikroregulierungen sind der falsche Weg»

Corona-Debatte in Bern Die Baselbieter FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger hat sich für Turbo-Öffnungen starkgemacht. Um Druck auf den Bundesrat auszuüben, sagt sie im Interview.

Alessandra Paone



Die Baselbieter Nationalrätin Daniela Schneeberger möchte den Krisenmodus endlich verlassen. Foto: Florian Baertschiger

Es ist Mittwoch kurz vor Mittag, der Ständerat hat soeben das Covid-19-Gesetz beraten – im Schnelldurchlauf. «Bei ihnen geht das zackiger als bei uns», sagt die Baselbieter FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger am Telefon. Der Nationalrat hatte am Montag rund zehn Stunden darüber debattiert; es waren teil-

weise heftige Voten gefallen. Die hitzige Diskussion gebe die Dynamik der Beratungen in den Kommissionen wieder, sagt Schneeberger. In Open-End-Sitzungen bereinige man Differenzen, gewinne neue Erkenntnisse und habe manchmal nicht einmal Zeit, sich mit der Fraktion abzusprechen. «Ich möchte Druck

machen», sagt sie. Die Schweiz müsse jetzt rasch zur neuen Normalität finden.

Daniela Schneeberger, Sie gehörten innerhalb Ihrer Fraktion zu den Öffnungsturbos. Warum?

Mir geht es etwa um die Restaurants, die neue Normalität muss deren Öffnung ermöglichen. Der



Bundesrat sollte Regeln aufstellen, aber die Umsetzung der Bevölkerung überlassen und ihr vertrauen. Mikroregulierungen sind der falsche Weg. Stattdessen sollte man verstärkt auf flankierende Massnahmen wie Hygiene, Abstand, Masken, Testen, Impfen und Schutzkonzepte setzen.

Wäre es wirklich in Ihrem Sinn gewesen, das Öffnungsdatum im Covid-Gesetz festzuschreiben?

Es wäre wohl falsch gewesen. Ich habe aber dennoch dafür gestimmt, um ein Zeichen zu setzen. Als Druckmittel, um dem Bundesrat zu verdeutlichen, wie ernst die Lage ist. Wir müssen aus dem Krisenmodus herauskommen. Es braucht weniger Einzelmassnahmen und mehr verlässliche Regeln. Viele der Mikroregulierungen sind widersprüchlich und für die Bevölkerung nicht nachvollziehbar.

«Bei Krisen besteht die Gefahr, dass die Exekutive den Ausstieg verpasst.»

Welche?

Zum Beispiel die Diskussion um die Terrassenöffnung der Restaurants. An warmen Wochenenden sind Hunderte Leute am Rheinbord. Gleichzeitig sind die Terrassenrestaurants geschlossen – obwohl wir alle wissen, dass eine Verbreitung des Virus an beiden Orten gleich wahrscheinlich ist. Das macht keinen Sinn, die Restaurants müssen öffnen dürfen.

In der Covid-Debatte sagten Sie, dass es dem Bundesrat offenbar am Willen fehle, die eigene Macht loszulassen.

Es liegt immer noch kein Plan vor. Wie steigen wir in die neue Normalität ein? Bei Krisen besteht die Gefahr, dass die Exekutive den Ausstieg verpasst. Als Parlamentarier sind wir gleichberechtigte Partner: Wir wollen sicherstellen, dass die Anliegen der Bevölkerung vertreten werden.

Sie wollten den Mitgliedern der Taskforce einen Maulkorb verpassen. Halten Sie sie für zu alarmistisch?

Ich kann nicht sagen, ob sie zu alarmistisch sind. Aber ich möchte betonen, dass es sich nicht um einen Maulkorb handelt: Zwischen dem Eidgenössischen Departement des Innern und der Taskforce besteht ein Mandatsvertrag, in dem die Kommunikation klar festgelegt ist. Die freie Meinungsäusserung ist beispielsweise nach wie vor möglich, aber mit klarer Abgrenzung. Die Beratung selbstverständlich auch. Wir verlangen, dass sich die Mitglieder an den Vertrag halten. Es kann doch nicht sein, dass einzelne von ihnen in den sozialen Medien das Vorgehen des Bundesrats kommentieren.

Welche Anliegen der Region Basel tragen Sie als Volksvertreterin in die Corona-Debatte?

Als KMU-nahe Politikerin und Treuhänderin habe ich Einblick in die Problemfelder der Unternehmen und bringe meine Erfahrungen aus der Praxis in Bern ein. In der Kommission für Wirtschaft und Abgaben habe ich darauf hingewirkt, dass Hürden bei der Kurzarbeitsentschädigung

abgebaut werden. Viele Betriebe waren bei der Anmeldung für die Kurzarbeit überfordert und haben beim zweiten Lockdown Ende Jahr die Frist verpasst – vor allem kleine Unternehmen wie Schreinerereien oder auch Gastronomen, die sich nicht auf ein Personalbüro stützen können.

Wie beurteilen Sie die Corona-Strategie des Kantons Baselland?

Die Baselbieter Regierung ist in die Schlagzeilen geraten, als sie Ende letztes Jahr den Bundesrat wegen der Kommunikation kritisiert hat. Ich habe sie in Schutz genommen, die Kritik war berechtigt. Das Vorgehen des Bundesrats bei der Verschärfung der Massnahmen war nicht zielführend. Grundsätzlich finde ich, dass die Baselbieter Regierung pragmatisch handelt, sie ist nahe bei der Bevölkerung – auch bei der Umsetzung der Massnahmen. Der Kanton Baselland ist gut unterwegs: Die Menschen in den Altersheimen sind geimpft, es wird an den Schulen und in Unternehmen getestet und man denkt über Angebote für Handwerker-Mittagessen in Restaurants nach. Bei den Härtefallregelungen hat es zu Beginn etwas geharzt, doch danach ging es vorwärts.

Wie geht es Ihrem Treuhandbüro in der Corona-Krise?

Derzeit überlagert die Corona-Thematik das Tagesgeschäft. Wir unterstützen die Kunden etwa bei den Gesuchen für Kurzarbeit oder für Härtefallentschädigung. Vor allem kleine KMU sind auf diese Hilfe angewiesen; der administrative Mehraufwand ist sehr gross.